

Hohensteiner-Crassthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Landgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Crassthal

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Wagner

Verleger: Hermann Wagner, Hohenstein-Crassthal

Preis: 6,00 Mk. monatlich 120 Pfg. ...

Verlagspreis

Verleger: Hermann Wagner, Hohenstein-Crassthal

173

Mittwoch, 30. Juli 1919

69. Jahrg.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 26. Juli.

Präsident Frehribach teilt mit, daß der Abg. Löbe (Soz.) beauftragt die Nationalversammlung solle beschließen: 1. die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden, 2. die Reden des Ministers Erzberger vom 25. Juli und des Ministers Müller vom 24. Juli auf Kosten des Reiches in deutschen Vorlesungen zu veröffentlichen, 3. alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages, sowie die der Regierung beauftragten Dokumenten über die Entstehung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen. Abg. Löbe (Soz.) begründet den Antrag.

Abg. Schulz (deutschn.) widerspricht im Namen seiner Fraktion (große Unruhe, Lärm und Jurerei: Zeitigkeit!) bei dem Antrag in Aussicht, daß auch die Rede des Abg. von Grafe (deutschn.) veröffentlicht werde.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.) schließt sich dem Widerspruch an.

Abg. Löbe (Soz.): Nachdem die beiden rechtsstehenden Parteien Widerspruch erhoben haben, ist geschäftsmäßig die Beratung des Staatsgerichtshofes nicht möglich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.): Die gestrige Rede Erzbergers und der jenen gehörige Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwühlen. Nach der gestern angewandten Methode wird ein Schaden in dem Volke angerichtet, der eine Wüste daraus machen muß. (Großer Lärm und andauernde Unruhe links.) Sehen wir einen objektiven Ausschluß ein, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpfend, bestehend aus Historikern unter einem geschulten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhebung anzuordnen. Eine andere Methode schafft kein objektives Urteil. Eine objektive Erklärung sind wir dem deutschen Volk schuldig. (Beifall rechts.) Ganz einseitig wird Erzberger den Nationalen die Illusionen vor, daß der U-Boottkrieg in kürzester Frist den Frieden entscheiden könnte. Er selbst hat nicht anders gedacht. Wie anders urteilten früher und auch während des Krieges maßgebende Sozialdemokraten über den Kaiser, den sie jetzt einen blutrünstigen Kaiser nennen. Das alte System war so gut und so schlecht wie das neue; es kommt darauf an, welche Männer Geschichte machen. Den wirtschaftlichen Verkerben der Regierung sehen wir, obwohl wir das Fallensinken der Planwirtschaft begründen, doch mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung von Elektrizität und Kohle. Wenn wir hier der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beschäftigen wir nicht, eine negative Politik zu führen. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebungsarbeit teilnehmen und an der Ueberwindung der Klassengegensätze mitarbeiten.

Abg. Saale (unabh. Soz.): Daß die Friede unterzeichnet wurde, ist ein Glück, sonst wäre Tausende erschlagen, die Blockade hätte Opfer gefordert, Deutschland wäre zerstört worden. Herr Roste spielt sich oft als den starken Mann auf; im Grunde ist er an beiden Händen gefesselt und die Offiziere erlauben sich eine Sprache gegen ihn, wie sie früher unmöglich gewesen wäre. Der Belagerungsstand wird weiter aufrecht erhalten. Die meisten Mißstände bestehen auf dem Gebiete der Schutzhaft. Das Mittel des Streiks können Sie den Arbeitern nicht nehmen. Der Arbeitszwang ist, solange der kapitalistische Staat besteht ein Verbrechen an den Arbeitern. Die Gegenrevolutionäre sind an der Arbeit. Gegen die Juden wird heftig gehetzt. Die Diktatur des Proletariats bedeutet keinesfalls die Herrschaft mit Handgranaten.

Reichswehrminister Roste: Die antimilitarische Hetze schätze ich als sehr gefährlich ein, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen

und der Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausschreitungen kommen kann. Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der Revolution noch nicht ernten, so ist das den ekelhaftesten Bruderkrieg in der Arbeiterschaft zu danken, der von Herrn Saale und seinen Freunden geschürt wird. Am vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorgebetet worden, wenn sie aus den Betrieben herausgingen, so nähmen sie an einer Kundgebung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Franzosen, Engländer, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt. Deutschland bedarf der intensivsten Arbeit. Aber was kümmert das die Leute, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiter Schindluder treiben. Die Regierung muß nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß sich Dinge wie im Januar und März in Berlin nicht wiederholen. Ich halte es für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß eine Anzahl Leute, die ihr revolutionäres Herz eben erst erndtet haben und nun politische Gefährten machen wollen, indem sie die Erregung, welche im deutschen Volke steckt, ausnützen, lahmgelegt wird; ihnen muß ich entgegen treten, solange ich das Vertrauen der Mehrheit habe und auf meinem Posten stehe. Wenn die Gefolgschaft Saales Deutschland zugrunde richten will, dann stelle ich das Schicksal unseres Landes höher als allen Spettakel, den sie hier aufzuführen. Ueber alle Ihre Niedertätigkeiten ist das Land vollkommen unterrichtet. Als der Minister weiter auf die Vorgänge in Hamburg zu sprechen kommt, entsteht bei den Unabgängigen tosender Lärm.)

Um 1/2 12 Uhr wird die Beratung auf 4 Uhr vertagt. Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 5 Min.

Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernb.): Es ist gut, daß endlich Leute aus dem praktischen Leben an die Regierung gekommen sind. Wenn im alten Obrigkeitsstaat nicht so vieles faul gewesen wäre, dann hätte er nicht so rasch zusammenbrechen können. Wir sind arm geworden, aber durch Fleiß und Arbeit können wir wieder hochkommen.

Abg. Landwolf (Deutschhannoveraner): In der inneren Politik hat unsere Regierung einen ungeheuer schweren Standpunkt. Sie hat es nötig, sich Freunde zu erwerben. Dazu bietet sich ihr vor allen Dingen auch in meinem Heimatlande Hannover Gelegenheit. Wir kämpfen für ein selbständiges Hannover, nicht für ein Königreich Hannover.

Abg. Welts (Soz.): Die gestrigen Enthüllungen Erzbergers haben im ganzen Reich eine gewaltigen Eindruck gemacht. Eine ungeliebte Regierung hat die Brücke, welche über das Blutmeer hinwegführen konnte, in Stücke geschlagen. Nicht unsere Politik war falsch, sondern die Männer waren falsch, die öffentlich ja und im geheimen nein sagten. Unsere Politik muß die Pointe des Völkereubens sein. Aber der in Paris zusammengebrachte Völkereubend ist ein Völkereubend gegen die Völker und namentlich gegen gewisse Völker. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß künftig in England und Amerika durchgeführt werden, nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten, sondern durch die internationale Organisation der Handarbeiter, sobald die Entwicklung dazu reif ist. Auch eine Räteregierung wäre abhängig von der Lieferung von Rohmaterialien und Lebensmitteln, und ihre Entziehung durch England würde die Räterepublik über den Haufen werfen.

Nach persönlichen Bemerkungen vertagt sich das Haus auf Montag 2 Uhr: Fortführung der Beratung, erste Beratung des Gesetzentwurfes über einen Staatsgerichtshof. Schluß 7 Uhr.

Weimar, 28. Juli. Präsident Frehribach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Abg. Löbe (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden.

Abg. Schulz (Deutschn. Volksp.) erhebt da gegen Widerspruch.

Abg. Hausmann (Demokr.) stimmt dem Antrag Löbe zu.

Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister Dr. David: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für seinen Verluß bewegt heute alle Teile des Volkes auf tiefste, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Ein Antrag Löbe wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheime Dokumente. Die Regierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassendstem Ausmaß vorbereitet ist; die den Waffenstillstand betreffenden werden schon in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet, und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne schmerzlich und folgenreich sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen. (Beifall.)

Abg. Gothein (Demokr.): Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und außen und verteidigen deshalb aufs schärfste die republikanische Staatsform. (Anhaltender, lebhafter Beifall) Die Mitteilungen Erzbergers über die Papsnote haben uns wohl alle erschütter. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Papst, welche Erzberger nicht mitgeteilt hat, schleunigt bekannt gegeben wird. Aus unserer jammervollen Lage können wir nur durch würdige Zurückhaltung herauskommen. Herandrängen an den Völkereubend sollten wir uns nicht. So lange er die Bestimmung hat, daß er nur durch einstimmigen Beschluß geändert werden kann, bleiben wir ihm vorläufig besser fern.

Minister des Äußern Müller: Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches befinden sich im Druck. Es kann selbstverständlich nicht davon die Rede sein, daß Deutschland der Alleinschuldige ist, ebensowenig aber, daß die Zentralmächte schuldlos sind. Ich habe veranlaßt, daß die Vorgänge, welche über die Note des Nuntius und die Antwort des Reichskanzlers Michaelis im Auswärtigen Amt vorhanden sind, festgelegt und in einem Weisbuch unterbreitet werden. Für heute nur folgendes: Das Schreiben des Nuntius ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben, sie hatte kein Datum. Der Minister verliest das Schreiben und führt fort: Aus diesem Schreiben geht zur Evidenz hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Dreierlei stelle ich fest: Erstens, daß der Reichskanzler Michaelis dem Parteiführern von der Note Paccellis und von dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat, zweitens, daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde und drittens, daß die Antwort des Reichskanzlers Dr. Michaelis genau das Gegenteil einer deutschen präzisen Erklärung war. Ich bin entgegen der Behauptung meiner Gegner dem Völkereubend nicht nachgelaufen. Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß dieser Völkereubend ein Band der Kriegskabinette ist.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung geht Abg. Schulz, Bromberg (Deutschn. Volksp.) auf Erzbergers Behauptungen ein und führt die Erklärungen englischer Minister an, wonach England nie ein Friedensangebot gemacht.

Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen die Deutschnationalen und verteidigt Erzberger. Er richtet Vorwürfe gegen den Reichskanzler Michaelis, der die Vermittlung des päpstlichen Stuhles verhindert habe. Er führt dabei ein Schreiben Michaelis an Hindenburg und die Antwort des Generalfeldmarschalls einschließlich einer Denkschrift Ludendorffs an, in der die Oberste Heeresleitung unter Verzicht auf die skandinavische Küste zum Schutze des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Lüttich und die Maaslinie, sowie einen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland gefordert habe.

Schließlich ergreift nochmals Finanzminister Erzberger das Wort. Er beschuldigt abermals die Parteien der Rechten, die Oberste Heeresleitung und den Reichskanzler Michaelis, die Verständigung verhindert zu haben. Die Revolution trage keine Schuld am Zusammenbruch Deutschlands, alle Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden seien, seien zusammen-

gebrochen. Wenn die Rechte den Kampf wolle, so nehme er ihn auf.

Nach weiteren Bemerkungen des Landwirtschaftsministers wird die Sitzung auf Dienstag vormittag vertagt.

Der Wortlaut des englischen Friedensstelegrammes

Der Reichsminister des Äußern, Müller, teilte in der Montagssitzung der deutschen Nationalversammlung den Wortlaut des englischen Telegramms an den Nuntius, das dem Schreiben des Nuntius Paccelli an den damaligen Reichskanzler Michaelis beigegeben worden. Nach Müller lautet das Telegramm, das weder Ortsangabe noch Datum trägt, in der Uebersetzung wie folgt:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vor schläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen zu einem dauernden Frieden zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind und durch welche Mitteln künftig die Welt vor der Wiederholung und den Drosseln, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. (Hört, hört.) Selbst hinsichtlich Belgiens und in den Punkten, wo die Zentralmächte anerkanntem, im Unrecht zu sein, ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder gut zu machen, die sie haben erdulden lassen. (Hört, hört!) Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Oesterreich noch von Deutschland ist jemals eine solche evidente Erklärung erfolgt. Versuche, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint solange vergeblich als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen die Ansichten auseinandergehen.“

Man begreift jetzt allerdings das Sträuben des Herrn Erzberger: diese Note zugleich mit seinen Äußerungen gegen die deutsche Reichsleitung und die Oberste Heeresleitung bekanntzugeben. Nur ein politisch vollkommen verblödeter Trottel kann aus dem ohne Ortsangabe, Datum und Unterschrift vorliegenden Schreiben eine Bereitwilligkeit zu ernstlichen Friedensverhandlungen herauslesen.

Zur päpstlichen Friedensvermittlung

wird der „Tagl. Rundsch.“ noch mitgeteilt: Herr Erzberger hat seinerzeit, nachdem das päpstliche Vermittlungsangebot bekannt war, im Gespräch mit bekannten Parlamentariern nicht den Reichskanzler Dr. Michaelis, sondern den damaligen Staatssekretär des Auswärtigen v. Rathmann für das Scheitern der päpstlichen Vermittlung verantwortlich gemacht, und zwar deshalb, weil Herr v. Rathmann, während die päpstliche Vermittlung schwebte, eine Friedensvermittlung über Spanien versucht habe. Daraus seien die Engländer misstrauisch geworden, und deshalb sei auch der päpstlichen Friedensvermittlung nicht geworden. — Es ist nun richtig, daß Herr v. Rathmann damals eine Botschaft über Spanien versucht hat. Es hat sich auch Herr v. Rathmann über diesen Versuch zu Belantzen ganz verhalten und in gutem Sinne ausgesprochen. Es bleibt also festzuhalten, inwiefern diese spanische Vermittlung die päpstliche Vermittlung beeinflusst hat, und weiter festzuhalten, weshalb auch die spanische Vermittlung gescheitert ist. Auffällig ist es jedenfalls, daß in